

KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -
Deutschland e.V. zur Bundestagswahl

2017



DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND:

Wer ist am ehesten auf der Seite der
kleinen und mittelständischen Unternehmen?

www.esd-ev.de





BUNDESTAGSWAHL 2017



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe ESD-Mitglieder,

noch ist die Bundestagswahl nicht entschieden. Im Vorfeld des Urnengangs am 24. September 2017 beleuchtet der ESD die politische Ausgangslage, wirft einen Blick auf mögliche Koalitionen und checkt exklusiv die Programmaussagen der Parteien zur Politik für Selbständige, KMUs und Gewerbetreibende. Die Frage ist:

Warum sollen wir Sie wählen ?

So richtig auszumachen ist sie nicht, die berühmte Wechselstimmung, die im Vorfeld von Wahlen die Ablösung einer Regierung ankündigt. Das mag daran liegen, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler mit der amtierenden Regierung zufrieden ist. Es könnte aber auch ein Hinweis darauf sein, dass man im Falle der deutschen Bundesregierung einen echten Wechsel so recht nicht erkennen mag. Sind doch die beiden Parteien, die nach der Wahl die Kanzlerin oder den Kanzler stellen könnten, seit Jahren in einer Großen Koalition

miteinander verbunden. Entsprechend gering sind die wahrnehmbaren Unterschiede zwischen beiden.

SPD – nach dem Hype der Absturz

Insbesondere die SPD tat sich bislang schwer, sich vom Partner wahrnehmbar abzugrenzen. Sie dürfte die schwierigste strategische Ausgangslage aller relevanten Parteien für die Bundestagswahl haben. Eine weit in die Mitte gerückte CDU macht ihr das bürgerliche Lager seit Jahren erfolgreich streitig. Rücken die Sozialdemokraten zu weit nach links, so treffen sie auf die Linkspartei, die auf Opposition gebürstet, sich stets linker, sozialer, gerechter und kämpferischer geriert als die in Regierungsverantwortung stehenden Sozialdemokraten. Kein Wunder, dass die SPD sich seit Jahren inhaltlich und personell darin aufreibt einen eigenen Markenkern zu definieren und in Wahlerfolge umzusetzen. Dabei macht das sozialdemokratische Regierungspersonal gar keine schlechte

Figur. Heiko Maas, Andrea Nahles oder aber der vom Parteivorsitzenden zum Außenminister „beförderte“ Sigmar Gabriel finden durchaus Anklang in der Bevölkerung. Was fehlt, ist die überzeugende Spitzenfigur, die neben den erforderlichen Führungsqualitäten auch die Gabe besitzt, den Sozialdemokraten neue Identität und neues Selbstbewusstsein einzuhauchen.

Fast schien es so, als habe man ihn gefunden. Um Martin Schulz wurde Anfang des Jahres ein derartiger Hype entfacht, dass manch einer schon an eine politische Wiederauferstehung der bisher in Umfragen um die 20 Prozent dümpelnden Sozialdemokraten glaubte. Im früheren Präsidenten des europäischen Parlaments glaubten viele nicht nur den zukünftigen Kanzler der Republik, sondern auch so etwas wie einen sozialdemokratischen Heilsbringer zu erkennen. Entsprechend schossen die Umfragewerte nach oben und die Spekulationen über neue Koalitionsmodelle ins Kraut. Bis zur Saarland-Wahl. Dort hatte man im Schulz-Hype zwar die Umfragen gewonnen – die Wahl jedoch verloren. Viele Beobachter gaben dem schnell zum Parteivorsitzenden beförderten Schulz eine Mitschuld am Desaster, war er im Wahlkampf doch allzu sorglos mit möglichen rot-roten oder rot-rot-grünen Koalitionsoptionen umgegangen.



Nach der Wahl im kleinsten deutschen Flächenland stürzten Schulz und die SPD in den Umfragen ab. Politische Beobachter konsta-

tierten, dass das Phänomen Schulz zwar viel mit dem Wunsch nach politischer Veränderung, aber noch mehr mit Sehnsüchten, Projektionen und Wunschvorstellungen zu tun hatte. Was folgte waren herbe Niederlagen in Schleswig-Holstein und insbesondere im SPD-Kernland Nordrhein-Westfalen. In beiden Fällen verlor die SPD ihre Regierungsmehrheit. Wer aber glaubt, die SPD sei schon abgeschrieben, der möge sich die letzten Wahlen in Großbritannien anschauen. Fast 20 Prozent lag dort anfangs die linke Labour Party hinter den Konservativen. Im Ziel war der Rückstand auf 2 Punkte zusammengeschnitten, trotz sperrigem Kandidaten und schwieriger Programmatik.

CDU - nach dem Absturz der Hype



Nach dem Ende des sozialdemokratischen Umfragehöhenflugs hatten die CDU und vor allem die CSU gut lachen. Dabei stand den Christdemokraten monatelang der Schulz-Schreck förmlich ins Gesicht geschrieben. Gleichzeitig tief zerstritten wie selten gingen die beiden Schwesternparteien ins wichtige Wahljahr 2017. Ob Flüchtlingspolitik, Leitkultur, PKW-Maut oder wie jüngst in der Rentenpolitik – die Christdemokraten verhielten sich über lange Monate gar nicht schwesterlich. Sogar eine erneute Kanzlerkandidatur von Angela Merkel wurde von der bayerischen Christenunion in Frage gestellt. Prompt wurden in CDU-Kreisen altbekannte Gedankenspiele öffentlich, nämlich die Ausdehnung in den

bayerischen Machtbereich Seehofers. Dieser hatte die Kanzlerin bei fast jeder Gelegenheit öffentlich düpiert, ja auf einem CSU-Parteitag sogar auf offener Szene gedemütigt. Als wäre die Lage nicht schon schwierig genug, tauchte nun Martin Schulz auf, der genüsslich auf das christdemokratische Chaos verweisen konnte. Die Lage für die Union war prekär. Jetzt war sie in der Rolle, in der sich zuvor die SPD befunden hatte. Überließ sie die politische Mitte der SPD, traf sie rechts auf die AfD, die sich von der eurokritischen Partei des Bernd Lucke, hin zu einer stramm rechten Gruppierung entwickelt hatte. Schon überflügelte Schulz die Kanzlerin in den Umfragen. Zum ersten Mal seit Jahren schien eine sozialdemokratische Kanzlerschaft in Reichweite. Da besann sich die Union auch anlässlich der Landtagswahlkämpfe auf frühere Tugenden wie Einigkeit oder gar Geschlossenheit. Und darauf, dass nichts erfolgreicher ist als der Erfolg. Gewonnene Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und im im-

die bereits in Schleswig-Holstein praktizierte Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Weniger wahrscheinlich dürften – so jedenfalls zeigen es die Wahlumfragen – sozialdemokratisch geführte Koalitionen werden, etwa Rot-Rot-Grün oder aber die Ampel aus SPD, FDP und Grünen. Momentan hüten sich die Parteien, was Koalitionsaussagen betrifft allerdings, vor der sogenannten gegenseitigen „Ausschleiberitis“. Schon ein paar Punkte mehr oder weniger in der Wählergunst und manches ist möglich. Nur eines scheint in diesen Tagen ziemlich sicher: Mit der trotz chaotischer interner Streitereien vermutlich im Bundestag vertretenen AfD möchte keine der demokratischen Parteien etwas zu tun haben.

Noch also ist nichts entschieden. Erst in den nächsten Wochen, nämlich dann, wenn sich die bisher unentschlossenen Wählerinnen und Wähler auf ihre Parteipräferenzen festgelegt



mens wichtigen Nordrhein-Westfalen belegten dies eindrucksvoll.

Wer mit wem?

Jetzt, so sagen es uns die Demoskopien, ist also wieder alles beim Alten. Die CDU führt in allen Umfragen mit weitem Vorsprung vor den Sozialdemokraten. Linke, FDP und Grüne sind ungefähr gleichauf. Jede dieser fünf Parteien könnte theoretisch je nach Wahlausgang ab September in Regierungsverantwortung stehen. Neben der Fortsetzung der Großen Koalition scheinen auch Farbenspiele wie Schwarz-Gelb oder Schwarz-Grün möglich, ebenso wie

haben, wird erkennbar werden, wen die Deutschen im Kanzleramt und auf der Regierungsbank sehen wollen.

650 Seiten - wer soll das alles lesen?

Ginge es jedoch nach dem reinen Umfang der Wahlprogramme, so wäre die Bundestagswahl 2017 bereits jetzt gelaufen. Auf dem letzten Platz derjenigen Parteien, die nach dem 24. September in Regierungsverantwortung stehen könnten, liegt die CDU/CSU. Ihr Anfang Juli beschlossenes Programm bringt es unter dem selbstbewussten Motto „Für ein Deutschland in

dem wir gut und gerne leben“ auf schlappe 78 Seiten. Da ist es keine Kunst, für die SPD den Noch-Koalitionspartner mit 88 Seiten zu überflügeln. „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ heißt das Werk, das im Mai vom Bundesparteitag der Sozialdemokraten abgesehnet wurde. Macht Platz 4. Knapp hinter den wieder erstarkten Freien Demokraten, die insgesamt 96 Seiten bedrucken lassen, um ihre politische Vision für die Jahre von 2017 bis 2021 unters Wahlvolk zu bringen. „Denken wir neu“, so der Slogan der Liberalen, der ein bisschen so klingt, als sei man mit dem alten nicht so recht weiter gekommen. Immerhin richtet man den Blick wieder nach vorne. Da erinnert der Slogan der Linkspartei doch ein wenig an die Transparente und Spruchbänder vergangener Tage: „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“ Eine Rezeptur, die immer geht, aufgehübscht und modernisiert durch die „dot-Punkte“, die ein wenig digitalen Glanz auf die insgesamt 136 Seiten des linken Wahlprogramms werfen sollen. Gewinner des Fleißwettbewerbs sind die Grünen – und zwar mit deutlichem Abstand. Nicht ganz Telefonbuchstärke, aber immerhin 248 Seiten dick ist das Programm der Öko-Partei, das unter dem Motto „Zukunft wird aus Mut gemacht“ um Wählerstimmen wirbt.

Rechnet man alles zusammen, kommt man auf ca. 650 Seiten ziemlich schwer verdaulicher politischer Lesekost. Längst haben die Parteien erkannt, dass sich so etwas kaum einer antut. Und so gibt es zusätzliche Kurzprogramme, knappe Wahlflyer mit eingängigen Botschaften, denen dann wiederum der Makel anhaftet, so manch komplexen politischen Sachverhalt auf Kindergartenniveau eingedampft zu haben.

Auf den Zahn gefühlt – der ESD fragt, die Parteien antworten

Der ESD, als Interessenvertretung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), der Gewerbetreibenden und Selbständigen hat es sich immer wieder auf die Fahnen geschrieben, sich für seine Mitglieder mit den Programmatiken der Parteien auseinanderzusetzen, politisch neutral und überparteilich. Wahlen sind hierfür die idealen Testfälle. Und so wurden

diejenigen Parteien, die nach Lage der Dinge nach dem 24. September 2017 in einer Regierungskoalition stehen könnten vom ESD nach ihren politischen Vorhaben für die deutschen Kleinunternehmer und Selbständigen befragt.

Eines vorweg: Taten sich die bundesdeutschen Parteien früher eher schwer mit der Einordnung und Unterscheidung von Selbständigen, KMUs und Gewerbetreibenden im weiten Feld des Mittelstandes, so zeigen die aktuellen Antworten, dass die Politik parteiübergreifend hinzugelernt hat. Die Antworten auf die vom ESD gestellten Fragen zeugen nicht nur von einem gestiegenen Problembewusstsein, sondern auch davon, dass man die deutschen Klein- und Kleinstunternehmer als Wählergruppe durchaus ernst nimmt.

Längst nämlich hat man in den Chefetagen der Politik erkannt, dass sich hinter der Überschrift Kleinunternehmer Großes verbirgt. Ob Selbständige, Handwerk, KMUs, kleine Gewerbetreibende – sie und ihre Mitarbeiter stellen weit über 50 Prozent der in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ihre oft noch als Familienunternehmen geführten Betriebe stellen über 90 Prozent der deutschen Unternehmen. Nicht nur wegen ihrer großen Zahl, auch wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sind sie ein politischer Riese, allerdings ein schlafender. Noch immer ist ihr



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Organisationsgrad eher bescheiden. Würden sie mit einer Stimme sprechen, wäre ihr politischer Einfluss erheblich.

Aufgabe von Verbänden wie dem ESD ist es deshalb, die vielen unterschiedlichen Inter-

essenlagen der deutschen Kleinunternehmer zu bündeln und sie auf die politische Agenda zu bringen. Mit dem Fragenkatalog anlässlich der Bundestagswahlen will der ESD der Politik nicht nur auf den Zahn fühlen, um aktuelle Positionen zu erfahren. Wer jetzt antwortet, der muss sich in 4 Jahren anlässlich der übernächsten Wahlen auch fragen lassen, ob er seinen jetzt angekündigten Vorhaben auch Taten folgen ließ.

Neue Herausforderungen – was sagt die Bundespolitik dazu ?

Schaut man sich die vom ESD gestellten Fragen an, wird man unschwer erkennen, dass



sich darin sowohl die Nöte und Sorgen vieler Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch aktuelle wirtschaftliche und technologische Entwicklungen spiegeln. Und so reicht der Fragenkatalog von den drängenden Problemen der sozialen Absicherung über das Dauerthema Bürokratieabbau bis hin zu Hilfen für Gründer, digitalem Wandel und der besseren Vernetzung von Unternehmen und Forschung. Gerade die Antworten der Politik auf neue wirtschaftspolitische Herausforderungen dürften auf das gesteigerte Interesse des kleinen Mittelstandes treffen. Denn anders als Großbetriebe oder Konzerne können Selbständige und Kleinunternehmen auf veränderte Rahmenbedingungen nur selten mit Bordmitteln reagieren. Ob Fachkräftemangel oder der alles verändernde digitale Wandel – kleine Betriebe sind hochgradig davon abhängig, ob und wie die deutsche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ihre Anliegen unterstützt.

Die Qualität der Antworten ist hoch, jedoch nicht abhängig vom Umfang. Viel guter Willen ist herauszulesen. Alle wollen beispielsweise die Rentensysteme für Soloselbständige und Kleinunternehmer öffnen. Die einen mit Wahlfreiheit, die anderen verpflichtend, wiederum andere wollen erst herausfinden, wie möglichen Versorgungsrisiken im Alter vorgebeugt werden kann.

Entschlossen geben sich die Parteien auch im Kampf gegen die Bürokratie, die vielen Selbständigen und KMUs zu schaffen macht. Während hier einige in der Digitalisierung Chancen sehen, wollen andere Gesetze überprüfen und Antragsverfahren vereinfachen. Auch die Dokumentationspflicht in Sachen Mindestlohn soll auf den Prüfstand.

Einig sind sich die Parteien auch darin, dass die Gründungskultur in Deutschland verbesserungswürdig ist. Genau so vielschichtig wie die Kritik sind auch die Vorschläge, wie Gründerinnen und Gründern der Start ins Unternehmertum erleichtert werden kann.

Genauer hinsehen sollte man bei den steuerpolitischen Vorschlägen der Parteien. Hier ist den Antworten neben viel Gerechtigkeitsrhetorik auch der ein oder andere konkrete Vorschlag zu entnehmen. Im Zentrum stehen dabei Themen wie Einkommens- oder Erbschaftssteuer, aber auch der Spitzensteuersatz und die geplante Vermögenssteuer.

Großes Thema bei den Parteien ist auch die Frage nach der Verbesserung von Kapitalzugängen für die kleinen Unternehmen. Alle haben das Problem erkannt und alle wollen hier Erleichterungen und Ausweitung der Möglichkeiten. Nur im Weg dorthin herrscht Dissens. Die teilweise detailliert beschriebenen Vorhaben verdienen eine genaue Betrachtung.

Ähnliches gilt für die Antworten der Parteien zum Thema Digitalisierung. Alle betonen eher die Chancen dieser 4. technologischen Revolution, weniger die bestehenden Risiken. Konkrete Maßnahmen, wie man z. B. den kleinen Handwerker verständlich und nachvollziehbar

an das Thema Digitalisierung heranbringt, sind dafür selten.

Nicht zu unterschätzen ist ein relativ neues Thema der deutschen Wirtschaftspolitik: der Fachkräftemangel. Neben vielen Vorschlägen zur Verbesserung der beruflichen Bildung sind sich alle Parteien darin einig, mehr Fachkräfte durch die Integration von ausländischen Mitbürgern für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Wohltuend: Die Zeiten, in denen rechte Demagogen Ängste vor ausländischer Konkurrenz am Arbeitsmarkt schüren konnten, sind offenbar vorbei.

Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution sehen die Parteien erhebliche Chancen für eine Verbesserung der Vernetzung von KMUs und Forschung. Dies wollen auch alle mit den verschiedensten Instrumentarien fördern. Ob steuerliche Erleichterung oder strukturelle Verbesserungen – KMUs sollen der Wirtschaft als Innovationsmotoren stärkere Impulse geben.

Nicht kommentieren wollen wir die Antworten der Parteien auf die Fragen nach ihren eigenen Erfolgen im Bereich der Politik für Selbständige, KMUs und kleine Gewerbetreibende. Zum einen sind viele Initiativen doch eher Gemeinschaftsprojekte mehrerer Parteien gewesen, zum anderen müsste man auch die konstruktiv kritischen Beiträge der jeweiligen Opposition bewerten, die vielleicht das ein oder andere positiv beeinflusst hat.

Auch das Schlussstatement, nämlich die Gretchenfrage „Warum sollen wir Sie wählen?“ soll unkommentiert im Raum stehen. Die Parteien können sicher sein, mit den Selbständigen, den kleinen und mittleren Unternehmern, den Handwerkern und Gewerbetreibenden auf demokratische, mündige und auch fachkundige Wählerinnen und Wähler zu treffen.

Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Der ESD e.V. ist seit fast fünfzig Jahren die parteiunabhängige Interessenvertretung der Selbständigen, Angehörigen der freien Berufe, kleinen und mittleren Unternehmen, Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbände sowie Innungen in der Bundesrepublik. Mehr als 99 Prozent aller in Deutschland gehören zu den gemeldeten Betrieben gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs).

Diese Unternehmen stellen das Rückgrat der bundesdeutschen Wirtschaft dar. Sie beschäftigen rund 60 Prozent der Mitarbeiter und bilden fast 80 Prozent aller Lehrlinge in Deutschland aus. Dennoch finden diese Unternehmen vor allem in politischen Entscheidungsprozessen kaum Gehör – das zu verändern haben wir uns vorgenommen!

überparteilich - unabhängig - kompetent

Viele dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen haben sich im ESD, als Vereinigung von Selbständigen für Selbständige zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als branchenübergreifende Interessenvertretung der KMUs für eine mittelstandsfreundliche Politik in unserem Land zu engagieren.

Entsprechend ihrer Rolle als Leistungsträger der Wirtschaft wollen die im ESD organisierten KMUs Deutschland gemeinsam im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik und allen wirtschaftspolitisch-aktiven Partnern voranbringen.

www.esd-ev.de

www.facebook.com/esd.ev

DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?



1. Thema: Altersvorsorge

Wie stehen Sie zur Rentenversicherungspflicht für Soloselbständige und die Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten

soll. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersvorsorge. Unser Ziel bleibt es weiterhin Altersarmut zu vermeiden. Sollte sich vor dem Jahr 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei der betrieblichen oder privaten Vorsorge ergeben, werden wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Nicht nur abhängig Beschäftigte brauchen eine soziale Absicherung, sondern vielfach auch Selbstständige ohne eigene Beschäftigte (Solo-Selbstständige). Deshalb muss gerade für diese Personen, wenn sie nicht bereits anderweitig abgesichert sind, eine soziale Sicherung entwickelt werden. Dabei sollen sie etwa in der Rente zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen, die finanzielle Situation von kleinen Einkommen nicht weiter verschärfen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase

nicht überfordern.



Die bislang fehlende Verpflichtung zur Altersvorsorge führt für einen Großteil der Selbständigen zu einer inakzeptablen Sicherungslücke. Selbständigkeit ist entsprechend ein eindeutig identifizierbarer Risikofaktor im Hinblick auf eine drohende Altersarmut. Wir sind daher der Auffassung, dass Selbständige grundsätzlich Mitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung sein sollten. Ausnahmen gelten bei einer Mitgliedschaft in einem bestehenden Versorgungswerk und für Selbständige, die bereits über eine Altersvorsorge verfügen, die ein mit der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbares Sicherungsniveau tatsächlich gewährleistet.

Für den Übergang in das System einer verpflichtenden Altersvorsorge wollen wir neben der Pflichtversicherung für alle neuen Selbständigen für die bereits selbständig Tätigen eine Altersgrenze (z. B. 50 Jahre), unterhalb derer ebenfalls die Verpflichtung greift. Selbständige oberhalb dieser Altersgrenze können ihre bisherige Altersvorsorge fortführen und sollen nicht automatisch Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Rentenversicherung werden, es sei denn, sie beantragen dies von sich aus. Selbständige, die diese Altersgrenze noch nicht erreicht haben, können eine persönliche Ausnahme erhalten, sofern sie bereits Alterssicherungsansprüche – z.B. aus einer staatlich geförderten „Rürup-Rente“ - erworben haben, die eine ausreichende Absicherung zumindest oberhalb des Grundsicherungsniveaus erwarten lassen. Wir werden zudem prüfen, ob für Selbständige, die ausreichende Ansprüche unter den Bedingungen der „Rürup-Rente“ erwerben, eine solche Ausnahme auch über die Übergangsregelung hinaus gewährt werden kann.



DIE LINKE will die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten Erwerbstätigenversi-

cherung umbauen, in der alle Erwerbstätigen mit ihrem Erwerbseinkommen versicherungspflichtig sind. Dabei wollen wir möglichst bald in einem ersten Schritt die Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind, etwa durch berufsständische Versorgungswerke. Klar ist dabei, dass sich die Beiträge zur Rentenversicherung am tatsächlichen Einkommen bemessen sollen und Gewerbetreibende und Soloselbstständige nicht überlastet werden sollen.



Bislang nicht obligatorisch abgesicherte Selbstständige sollen in den Schutz der Rentenversicherung einbezogen werden. Eine gesetzliche Rentenversicherung, die alle einbezieht, ist Ausdruck einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft. Alle, die sich in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation befinden, sollten in der Alterssicherung auch gleich behandelt werden.

Soziale Sicherung muss man sich leisten können, auch beim Blick in die Geldbörse und auch über die verschiedenen Zweige der sozialen Sicherung hinweg. Wir wollen Selbständige deshalb bei den Krankenversicherungsbeiträgen deutlich entlasten und nach Wegen suchen, Auftraggeber an den Kosten der sozialen Sicherung zu beteiligen. Zudem wollen wir Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden erlassen.

Für die Selbständigen und insbesondere die Existenzgründer*innen braucht es und wird es zudem Übergangsregelungen geben.



Wir Freie Demokraten wollen Selbstständige zur Altersvorsorge verpflichten und ihnen zugleich ein umfassendes Wahl- und Gestaltungsrecht bei der Vorsorgeform einräumen. Denn zahlreiche Selbstständige haben heute im Alter kein ausreichendes Einkommen. Sie sind auf Leistungen der Grundsicherung angewie-

sen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbstständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Sie soll zu einer Rente führen, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. So können sie entscheiden, ob sie privat etwa im Rahmen einer steuerlich geförderten Basisrente oder freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Alter vorsorgen. Die Pflichtversicherung einzelner Selbstständiger in der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir abschaffen. Neben Rentenversicherungsverträgen sollen auch Fonds, Immobilien und Rückstellungen aus dem Betriebsvermögen anerkannt werden. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten für Gründer schaffen, um größtmögliche Eigenständigkeit, Flexibilität und Freiheit der Selbstständigen zu gewährleisten.

2. Thema: Bürokratieabbau

Welche Vorschläge haben Sie zum Abbau von bürokratischen Hürden und Verwaltungsaufwand zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen?



Wir sind beim Bürokratieabbau vorangekommen und haben Wirtschaft und Verbraucher in dieser Wahlperiode von Bürokratie entlastet.

Der jährliche Bürokratieaufwand der Bürger wurde in dieser Wahlperiode um 8,5 Millionen Stunden reduziert. Seit 2015 gilt die „one-in, one-out“-Regel. Diese Regelung hat sich bewährt und wird weiter fortgesetzt. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen sind überbordende bürokratische Anforderungen eine ernste Erschwernis für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Wir brauchen deshalb eine neue Gesetzgebungs- und Verwaltungskultur, bei der die Vermeidung oder Begrenzung neuer Regelungen im Vordergrund steht. Bei neuen Gesetzesvorhaben soll – soweit vertretbar – auf Kontrolle und Regulierung verzichtet werden, bis eine Notwendigkeit dafür eindeutig nachgewiesen ist. Der Erfolg einer Regierung bemisst sich nicht in der Zahl der verabschiedeten Gesetze. Deshalb streben wir an, die Zahl neuer Gesetzentwürfe in der kommenden Wahlperiode um mindestens 10 Prozent zu reduzieren. Deutschlands öffentliche Verwaltung soll in Bund, Ländern und Kommunen eine der bürger- und anwenderfreundlichsten öffentlichen Verwaltungen Europas werden. Durch die Einführung eines digitalen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos werden wir sicherstellen, dass praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit elektronisch verfügbar sind. Das spart Zeit und Geld und ermöglicht zusätzliche Wertschöpfung.

SPD

Ganz konkret: Wir wollen Unternehmen weiter von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien! In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns unter der Überschrift: „Unnötige Bürokratie abbauen – Mittelstand entlasten“ zu folgender Festlegung beim Bürokratieabbau: „Unsere Gesellschaft braucht klare Regeln. Unnötige Bürokratie hingegen werden wir abschaffen. Unternehmen sollen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Selbstständige trifft unnötige Bürokratie besonders hart. Wir werden Unternehmen von

Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreien. Ein gutes Beispiel für Bürokratieentlastung und Investitionserleichterung ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter.

Die meisten Behördengänge sollen sich in Zukunft auch online erledigen lassen. Daher wollen wir für eine schnelle Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung sorgen. Diese sorgt einerseits für mehr Benutzerfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Andererseits kann die Verwaltung selbst durch die Digitalisierung effizienter und fehlerfreier arbeiten. Eine moderne und effiziente Verwaltung wird möglichst viele Dienstleistungen aus einer Hand anbieten.

Wir wollen, dass Nutzerinnen und Nutzer sich einfach und sicher mit einer Zugangsberechtigung für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können. Niemand soll seine Daten mehrfach übermitteln müssen. Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller jederzeit nachvollziehen können. Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen werden wir dafür sorgen, dass weitestgehend alle Prozesse und Dienstleistungen in den nächsten fünf Jahren auf einem Deutschlandportal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen verfügbar sind.



In Bundestagsdebatten hat DIE LINKE die Bundesregierung und den Normenkontrollrat aufgefordert, die 20 aufwändigsten Antragsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger und die 10 aufwändigsten Verfahren für kleine und mittlere Unternehmen zu identifizieren und so zu vereinfachen, dass kaum noch jemand ein Problem hat. Zu diesem Zweck müsste allerdings die bessere Rechtsetzung erstens mit Bürgerinnen und Bürger und mit den KMU getestet werden.

Und zweitens müssten Design und Sprache von Formularen und Anträgen – sowohl auf Papier als auch online – durchgehend vom Standpunkt der vollständigen Bürgerfreundlichkeit gestaltet sein. Innerhalb relativ kurzer

Zeit wäre ein riesiger Sprung in Sachen Bürgerfreundlichkeit möglich. Zig Millionen Stunden unnötiger Nerverei und Belästigung könnten verschwinden.



Bürokratie abzubauen bzw. dafür zu sorgen, dass Regeln mit möglichst wenig Bürokratie umgesetzt werden, ist eine dauerhafte Aufgabe, die beständig vorangetrieben werden muss. Dafür wollen wir den Nationalen Normenkontrollrat stärken. Insbesondere die Digitalisierung bietet enorme Chancen. Diese Chancen wollen wir ambitioniert nutzen. So streben wir ein bundesweites, einheitliches Portal für die elektronische Kommunikation mit den Behörden an, über das beispielsweise alle An- und Ummeldungen unkompliziert erledigt werden könnten.

Auch sollen viel mehr Unternehmen die Umsatzsteuer erst abführen müssen, wenn der Kunde bezahlt hat (Ist-Versteigerungsgrenze auf 2 Mio. EUR vervierfachen). Auch das wird die Unternehmen entlasten. Mit einem steuerlichen Bonus von 15% auf alle F&E-Ausgaben im Mittelstand wollen wir Forschung und Entwicklung ebenso einfach wie wirksam unterstützen, kleine Anschaffungen sollen leichter abgeschrieben werden können.



Wir Freie Demokraten haben das Leitbild für Deutschland als mittelständisch geprägte Wirtschaftsnation. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und Freiberufler stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung und verdienen unsere Unterstützung. Daher stehen wir für ein Umdenken. Die Flexibilität muss geschützt werden. Wir denken aus Sicht der praktischen Dienstleistungen. Entbürokratisierung ist ein zentrales Element unserer Mittelstandspolitik.

Daher wollen wir Freie Demokraten unternehmerische Freiräume stärken und bürokratische Belastungen vermindern. Wir fordern somit eine Vereinfachung der Dokumentati-

onspflichten beim Mindestlohn. Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern dabei bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der damit verbundene Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags. So werden zum Beispiel Home-Office-Lösungen gesetzlich erschwert.

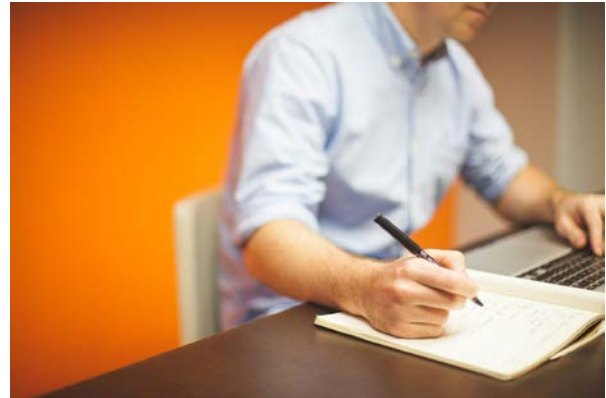
Zudem planen wir, die Regeln auf dem Gebiet der Sozialversicherungspflichten zu vereinfachen. Deshalb fordern wir die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Denn momentan müssen Arbeitgeber den voraussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Monat schätzen und diesen vor der Fälligkeit der Lohnzahlung abführen. Im Folgemonat sind die Erklärungen dann entsprechend den tatsächlichen Entgelten zu korrigieren. Das führt dazu, dass faktisch nicht mehr zwölf, sondern 24 Monatsabrechnungen im Jahr erstellt werden müssen. Gerade für junge Unternehmen ist das eine gewaltige Belastung. Wenn die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge hingegen wieder mit den Lohnzahlungen zusammenfällt, kann die bürokratische Belastung an dieser Stelle halbiert werden.

Wir Freie Demokraten haben verstanden, dass die globalen Verwerfungen gerade dem industriellen Mittelstand große Sorgen bereiten. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen deshalb in die Lage versetzen, schnell und unbürokratisch neue Märkte zu bedienen. Für die Absicherung von Aufträgen unter fünf Millionen Euro brauchen wir deshalb im Rahmen des Hermesbürgschaftsprogramms eine „Small Ticket“-Lösung. Wir fordern einen spürbaren Abbau von Außenwirtschaftsbürokratie, so dass beispielsweise bei der Exportkontrolle identische und zeitintensive Doppelprüfungen durch BAFA und Zoll wegfallen. Wir wollen die Erfahrungen der Industrie im jeweiligen Land bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen nutzen und sicherstellen, dass sich Auslandsaufträge durch eine aggressive Besteuerung im Ausland nicht immer öfter im Nachhinein zu Verlustgeschäften entwickeln

und den Mittelstand auf Dauer abschrecken.

3. Thema: Gründung

Durch welche Initiativen und Instrumente wollen Sie die Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer (Gründungskultur) verbessern?



CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Mehr junge Menschen als bisher sollen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Dazu brauchen wir eine neue Gründerkultur, in der Erfolg anerkannt und Scheitern nicht diffamiert wird. Wer sich selbstständig macht, geht oft größere Risiken ein und arbeitet mehr und härter für seinen Erfolg. CDU und CSU werden bis 2019 einen „Masterplan Selbstständigkeit“ erarbeiten. Hindernisse auf dem Weg zur Selbstständigkeit müssen beseitigt, umfassende Beratung und Förderung garantiert und unnötige Bürokratie vermieden werden.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für junge und innovative Unternehmen immer weiter verbessert – vor allem mit Wagniskapital in der Gründungs- und Wachstumsphase. CDU und CSU werden die Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital wollen wir auch über steuerliche Förderung erleichtern: Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können. Wir werden die Rahmenbedingungen für Gründer auch durch die steuerliche Forschungsförderung, ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz sowie weniger Bürokratie verbessern. Zudem werden wir die Einführung einer zentralen

Anlaufstelle (one-stop-shop) speziell für diese Unternehmen prüfen.

SPD

Deutschland kann mehr. Die SPD strebt deshalb eine deutliche Belebung der Gründerszene in Deutschland an. Dieses Ziel wollen wir mit einem Bündel von Maßnahmen erreichen, die auf den bereits in der laufenden 18. Wahlperiode von uns angestoßenen Maßnahmen aufbauen.

Nachdem beispielsweise in der 18. Wahlperiode die staatliche Förderung bei der Gründungsfinanzierung durch Wagniskapital erheblich verbessert wurde, liegt unser Hauptaugenmerk für die kommende Wahlperiode auf der Wachstumsfinanzierung.

KMU wollen wir durch einen „Forschungsbonus“ unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Der Bonus soll in Form einer Steuergutschrift gewährt werden und kommt daher auch jungen Unternehmen zugute, die noch keine Gewinne erwirtschaften.

Das schnelle Wachstum des Internets ist auch der Verfügbarkeit von freier Software zu verdanken, die heute noch einen großen Teil der Infrastruktur betreibt: Diese Idee wollen wir übertragen und den Anteil freier Software in Verwaltung und Bildungseinrichtungen erhöhen, um innovative Unternehmensgründungen im regionalen Markt zu unterstützen. Wir wollen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür begeistern, Unternehmen zu gründen. Dazu muss das Thema „Unternehmensgründung“ stärker in der Lehre verankert und müssen Gründungsfreisemester für Studierende ermöglicht werden. Auch Beschäftigte an Hochschulen sollen ein Recht auf ein „Gründer-Sabbatical“ bekommen. Außerdem wollen wir Frauen – die in der Gründerszene noch unterrepräsentiert sind – stärker ermuntern, Unternehmen zu gründen, beispielsweise durch eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung. Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer be-

deuten. Wir wollen eine Kultur der „nächsten Chance“ etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen. Wir wollen kleine, junge und innovative Finanzdienstleister (FinTechs) bei der Gründungsfinanzierung unter eine vereinfachte Aufsicht stellen. Gute Beratung und der Schutz der Kunden dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Der Gründungszuschuss sollte wieder angehoben werden, wenn der Bedarf nachgewiesen werden kann. DIE LINKE will darüber hinaus Ausgründungen aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen stärker unterstützen. Dabei sind neben technischen auch soziale Innovationen und innovative Dienstleistungen stärker zu fördern. Gründungen können auch von einem offeneren Umgang mit Nutzungsrechten an Forschungsergebnissen profitieren. Wir wollen deshalb Open Access und eine Publikation unter freien Lizenzen stärken.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Wir wollen das Gründen gezielt fördern und einfacher machen. Gründungswilligen wollen wir ein zinsloses Darlehen in Höhe von bis zu 25.000 EUR zur Verfügung stellen. Bessere Bedingungen für Wagniskapital und Crowdfunding stehen auf der Agenda, damit gute Ideen nicht an knappen Eigenmitteln scheitern. Gründerinnen und Gründer sollen sich vor allem um ihre Gründung kümmern, nicht um Bürokratie und Behördengänge. So wollen wir sie 2 Jahre von nicht unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten befreien. Gründungsberatung und -förderung sollen in Zukunft aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ möglich sein. Gründende sollen sich zudem günstiger gegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit absichern können.

**Freie
Demokraten
FDP**

Wir Freie Demokraten wollen eine Kultur des Gründergeistes und der Risikobereitschaft

fördern. Dafür möchten wir wirtschaftliches Grundwissen durch die flächendeckende Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“ schon in der Schule stärken, die Finanzierung von Unternehmensgründungen erleichtern, und dafür sorgen, dass auch im Scheitern immer die Chance für etwas Neues liegt. Wir Freie Demokraten fordern die Unterstützung von Gründungen direkt an Hochschulen. Studierende haben oft gute Ideen und die nötige Energie, um ein eigenes Unternehmen zu gründen. Jedoch mangelt es teilweise an der Unterstützung von Seiten der Hochschule. Damit unsere Studierenden nicht ausgebremst werden, fordern wir Hilfe bei studentischen Gründungen: Beispielsweise sollen Studierende die Möglichkeit haben für Gründungen Urlaubssemester zu nehmen und sie sollten fächerübergreifend über die Möglichkeit zur Existenzgründung an Lehrstühlen für Entrepreneurship lernen können. Unsere Hochschulen sind auch Impulsgeber für die Wirtschaft. Um Wissen und Fortschritt generieren zu können, müssen Hochschulen gerade auch mit anderen Akteuren außerhalb der Hochschule zusammenarbeiten und insbesondere zusammen forschen dürfen. Die oftmals artikuliert pauschale Forderung nach strikter Trennung von Wirtschaft und Hochschule verneint diese Tatsache und wird von uns Freien Demokraten abgelehnt. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können statt auf Formulare. Behördengänge für Gründer müssen soweit reduziert werden, dass eine Gründung an einem einzigen Werktag und online möglich ist. Hierzu braucht es eine zentrale behördliche Anlaufstelle für Gründer. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen möchten wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen. Zudem sollen auch nebenberufliche Gründungen oder Gründungen aus der Elternschaft heraus erleichtert werden. Sie machen etwa ein Fünftel aller Gründungen aus und bieten großes Potenzial. Zudem sollen Gründerinnen und Gründer nicht schon Steuern zahlen, bevor die ersten Umsätze oder Gewinne überhaupt angefallen sind. Bei der Gewerbesteuer kann durch die sogenannten Hinzurechnungsbe-

stimmungen eine Steuerlast auch dann entstehen, wenn keine Gewinne erwirtschaftet sind. Wir wollen deshalb in den ersten drei Jahren nach Gründung den Freibetrag bei der Gewerbesteuer verdoppeln, dabei soll der Freibetrag für Kapitalgesellschaften dem für Personengesellschaften entsprechen. Denn Gründerinnen und Gründer schaffen Zukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze für sich selbst und andere. Sie schaffen Innovation und sorgen damit für Dynamik in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Wir Freie Demokraten wollen zudem Gründungen und Kleinunternehmen von einem Zwang zu möglicher Mehrfach-Kammerzugehörigkeit befreien. Weiterhin sind Unternehmer im Nebenerwerb unterhalb eines Gewerbeertrages von 10.000 Euro jährlich (Grundfreibetrag), von Kammerbeiträgen zu entlasten.

4. Thema: Steuern

Welche steuerpolitischen Maßnahmen wollen Sie zur Entlastung von KMUs, Selbständigen und Gewerbetreibenden ergreifen?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU und CSU schließen Steuererhöhungen auch für die nächste Wahlperiode aus. Sie würden Facharbeiter und Mittelstand treffen, Investitionen in unsere Zukunft bremsen und deshalb für alle mehr Schaden als Nutzen stiften. Das lehnen wir ab. Wir schließen die Wiedereinführung der Vermögensteuer aus und lehnen Verschlechterungen bei der Erbschaftsteuer ab. CDU und CSU werden stattdessen

die Einkommensteuer um gut 15 Milliarden Euro senken. Diese Entlastung soll in erster Linie der Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand zugutekommen. Wir werden den Einkommensteuertarif insgesamt gerechter ausgestalten und den sogenannten „Mittelstandsbauch“ verringern. Der Spitzensteuersatz, der immer häufiger bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Handwerkern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro einsetzen. Die Wirkungen der kalten Progression werden wir weiter regelmäßig ausgleichen. Darüber hinaus werden wir den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags und das Kindergeld entsprechend erhöhen. Wir werden zudem den Solidaritätszuschlag für alle ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen. Für die kommende Wahlperiode beginnen wir mit einer Entlastung von rund 4 Milliarden Euro.

SPD

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Deshalb fördern wir KMUs, Selbständige und das Handwerk durch unser Ziel „Vorfahrt für Investitionen“. Dadurch profitieren sie von unserem Schulmodernisierungsprogramm, gebührenfreier Bildung und Ausbildung, Gründungsförderung, Bürokratieabbau, energetischen Sanierungs- und Wohnungsbauprogrammen, Infrastrukturvorhaben und vielem mehr. Für uns geht es um Steuergerechtigkeit. Wir wollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbständige und Familienbetriebe mit mittleren und kleinen Einkommen bei Steuern und Abgaben entlasten. Mit unseren Vorschlägen für eine Steuerreform werden wir vor allem den so genannten „Mittelstandsbauch“ angehen.

Wir verbinden Entlastungen und mehr Gerechtigkeit! Deshalb schaffen wir den Solidaritätszuschlag für die unteren und mittleren Einkommen ab 2020 ab. Dies kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern zugute – gerade auch Selbstständigen und kleineren Betrieben, die dadurch mehr Luft für Investitionen haben.

Das Entlastungsvolumen umfasst etwa 10 Milliarden Euro. Darüber hinaus planen wir eine gerechtere Einkommenssteuer, die viele Menschen entlastet und aufkommensneutral ist. Der aktuelle Steuersatz in Höhe von 42 Prozent setzt heute bereits bei 54.000 Euro zu versteuerndem Einkommen bei Singles an. Wir erheben diesen Steuersatz künftig bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. Dies entlastet um zusätzliche fast zwei Milliarden Euro.

Um dies finanzieren zu können, möchten wir den Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent anheben, der dann ab 76.200 Euro zu versteuerndem Einkommen für Singles / 154.000 Euro für Ehepaare fällig wird. Bei einer anhaltenden guten Wirtschafts- und Haushaltssituation werden wir außerdem eine Erhöhung des Grundfreibetrags über die jährliche Anpassung aufgrund der Ergebnisse des Existenzminimumberichts hinaus regelmäßig prüfen.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE fordert die Senkung der Einkommensteuer für alle Einkommen bis 7.100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I). Darüber hinaus wollen wir die Reichensteuer anheben und die Abgeltungsteuer abschaffen. Die Erbschaftsteuer sollte gezielt nur für große Vermögen erhöht werden. Von den meisten Sonderregelungen und Steuersubventionen profitieren in allererster Linie Gutverdienende, große Konzerne sowie deren Steuer- und Unternehmensberaterinnen bzw. -berater.

Daher will DIE LINKE vor allem solche steuerlichen Sondertatbestände und Subventionen streichen, die es ertragreichen Unternehmen und Wohlhabenden ermöglichen, ihre Gewinne künstlich klein zu rechnen. Wo steuerliche Subventionen politisch erforderlich sind, wollen wir diese in eine direkte Förderung umwandeln. Damit wird nicht nur eine Vereinfachung, sondern zugleich auch eine höhere Zielgenauigkeit bei der Förderung erreicht. Die Obergrenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern wollen wir auf 1.000 Euro anheben, um die Abschaffung der bürokratisch aufwendigen Sammelabschreibung zu ermöglichen.



Mehr gewerbliche wie freiberufliche Einzel- und Personenunternehmen sollen davon profitieren, wenn sie ihre Gewinne nicht ausschütten, sondern wieder in das Unternehmen investieren. Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeiter*innen, die neue Produkte und Verfahren entwickeln und Zukunftsbereiche erschließen, sollen einen steuerlichen Bonus von 15% auf ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhalten. Dieser Bonus soll entweder von der zu zahlenden Unternehmenssteuer abgezogen oder ausbezahlt werden können, wenn noch keine Gewinne erzielt werden. Die Grenze für die Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern soll auf 1000 Euro steigen. Das würde die Unternehmen von Bürokratie entlasten. Die Ist-Besteuerung wollen wir ausweiten, so dass mehr Unternehmen die Umsatzsteuer erst dann zahlen müssen, wenn sie tatsächlich vereinnahmt wurde. Zudem werden wir eine angemessene Anhebung der Kleinunternehmergrenze bei der Umsatzsteuer sowie des Gewerbesteuerfreibetrags prüfen.



Wir Freie Demokraten setzen uns für ein modernes, faires und bürokratiearmes Steuersystem in Deutschland ein. Deshalb halten wir an einer Unternehmenssteuerreform als langfristiges Ziel fest. Beste steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen sind wichtig, wenn Deutschland sich im globalen Wettbewerb der Standorte behaupten will. Schwerpunkte wollen wir bei der Steuervereinfachung, der Rechtsform-, der Organisations- und Finanzierungsneutralität und der Beseitigung von Nachteilen für den Mittelstand setzen. Als wichtige Punkte in einem fairen Unternehmenssteuerrecht sehen wir die Möglichkeit einer transparenten Besteuerung von personenbezogenen GmbHs mit der Einkommensteuer, eine einfache und mittelstandstaugliche Regelung zur Tarifiermäßigung für nicht entnommene Gewinne und eine Regelung, wonach Umwandlungsvorgänge ohne steuerliche Belastung durch Einkommen- oder Grun-

derwerbsteuer durchgeführt werden können. Verlustvorträge sollen erhalten bleiben, um sie bei Übernahmen geltend machen zu können. Die Gewerbesteuer wollen wir langfristig durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer und einem kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die zuvor abgesenkte Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzen. Jegliche Pläne, die die Rechtsform der Personengesellschaft schwächen, lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten wollen in Deutschland den Grundsatz der IST-Besteuerung bei der Umsatzsteuer durchsetzen. In der Regel gilt für Unternehmen in Deutschland die sogenannte SOLL-Besteuerung. Unternehmen müssen dabei die Umsatzsteuer für einen Auftrag an den Staat zahlen, egal ob der Kunde bereits bezahlt hat. Daher kann ein Unternehmen momentan beantragen, die Umsatzsteuer erst dann zu zahlen, wenn der Kunde gezahlt hat – die sogenannte IST-Besteuerung, die wir zum Grundsatz machen wollen. Voraussetzung für den Antrag auf IST-Besteuerung ist momentan, dass der Umsatz des Unternehmens im Vorjahr nicht höher war als 500.000 Euro. Mit Blick auf Start-Ups ist diese Schwelle jedoch zu niedrig. Durch Digitalisierung und Dynamik von neuen Produkten können Umsätze schnell über diese Schwelle steigen. Daher wollen wir, solange noch nicht der Grundsatz der IST-Besteuerung gilt, diese Schwelle deutlich erhöhen.

Wir Freie Demokraten wollen die Abschreibungsbedingungen verbessern. Für uns setzt ein faires Steuersystem die notwendigen Impulse für Innovation, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland. Wir wollen deshalb die degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter wiedereinführen, auch um den technologischen Wandel zu beschleunigen. Für digitale Anlagegüter wie Hard- und Software wollen wir einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von höchstens drei Jahren, um die kurzen technologischen Zyklen dieser Güter fair abzubilden und die Investitionen in die Digitalisierung zu stärken. Die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir ebenfalls erhöhen. Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen

für Investitionen in den Wohnungsbau sind nicht attraktiv. Hier wollen wir die Bedingungen verbessern und die lineare Abschreibung von zwei Prozent auf drei Prozent erhöhen.

Für Unternehmen ist eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz schädlich. Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns.

5. Thema: Finanzierung

Wie wollen Sie den Kapitalzugang und die Kapitalausstattung kleiner und mittelständischer Unternehmen verbessern?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Kreditversorgung der kleinen und mittelständischen Betriebe ist auf einem guten Niveau. Auf EU-Ebene gibt es das Bestreben, die traditionelle bankengestützte Finanzierung der europäischen Wirtschaft zu ergänzen, indem die Unternehmen stärker als bisher an Möglichkeiten der Kapitalmarktfinanzierung herangeführt werden. Die unionsgeführte Bundesregierung hat dieses Projekt bislang konstruktiv begleitet und wird es auch weiterhin tun.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat erst vor kurzem durch die Erhöhung der steuerlichen GWG-Grenze die Liquidität der KMU gestärkt. Für die kommende Wahlperiode streben wir an, die Nachteile der Eigenkapitalfinanzierung gegenüber der Fremdkapitalfinanzierung abzubauen sowie mit umfangrei-

chen Steuersenkungen und besserem Zugang zum Wagniskapital die Kapitalausstattung der KMU zu verbessern. Dazu verweisen wir auf die Antworten zu den Fragen 3 und 4.

SPD

Wir haben uns in der laufenden 18. Wahlperiode für die Wagniskapitalförderung eingesetzt und werden diesen Weg fortsetzen. So konnten wir zum Beispiel die Aufstockung des Programms INVEST-Zuschuss für Wagniskapital erreichen. Auch viele Forderungen eines Positionspapiers der SPD-Bundestagsfraktion zur Wagniskapitalförderung vom August 2015 sind mittlerweile umgesetzt, zum Beispiel die Möglichkeit der steuerlichen Verlustübertragung bei einem Anteilseignerwechsel oder der Erhalt der Freistellung bei der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus Streubesitzbeteiligungen.

Unser Hauptaugenmerk liegt jetzt auf der Wachstumsfinanzierung. Viele junge innovative Unternehmen haben erheblichen Kapitalbedarf, damit sie so wachsen können, dass sie auf Dauer überlebensfähig sind. Die SPD hat sich in der Koalition daher für ein noch stärkeres Engagement der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eingesetzt – mit Erfolg. Die Erträge aus der sogenannten Förderrücklage I des ERP-Sondervermögens in Höhe von 4,65 Milliarden Euro werden zukünftig für die Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung der KfW zur Verfügung stehen. Über eine Tochtergesellschaft der KfW können dann jährlich insgesamt 200 Mio Euro in VC-Dachfonds investiert werden.

Wenn sich ein Unternehmen nach der Wachstumsphase konsolidiert hat, brauchen Investoren die Möglichkeit, ihr Investment aus dem Unternehmen herauszuziehen, um es neu investieren zu können. Dies kann durch einen Börsengang ermöglicht werden. Dazu hat die Deutsche Börse AG seit dem 1. März 2017 das neue Marktsegment „Scale“ geschaffen, das gerade jungen und innovativen Unternehmen den Börsengang erleichtern soll. Wir werden beobachten ob hier von Seiten des Gesetzgebers weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wir werden die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung im Blick behalten und prüfen, durch welche weiteren Maßnahmen der Kapitalbedarf von KMU verbessert werden kann.



DIE LINKE hat die Bundesprogramme, die einer besseren Kapitalausstattung der KMU dienen, stets verteidigt, wie etwa die ERP-Mittel, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und aktuell das stärkere Engagement der KfW im Bereich der Wagniskapitalbildung. Darüber hinaus hält es DIE LINKE für eine zentrale Aufgabe, Sparkassen und Genossenschaftsbanken als wichtigste Finanzierer der KMU umfassend zu stärken. Risikobehaftete Großbanken, die wieder volkswirtschaftlich hochriskanten Spekulationsgeschäften nachgehen, müssen strenger reguliert werden. Regional ausgerichtete kleine Banken, die ein konservatives Geschäftsmodell mit geringer Ausfallwahrscheinlichkeit verfolgen, dürfen durch die zu ergreifenden Maßnahmen nicht benachteiligt werden. Proportionalität – gekoppelt an Größe, regionaler Reichweite und Risikoneigung des jeweiligen Geschäftsmodells – ist dafür zentral und ein stärker zu verankerndes Prinzip. Daneben ist es aber längst überfällig, das zentrale Problem des „too big to fail“ endlich anzugehen und an der Aufspaltung und Verkleinerung der Großbanken zu arbeiten. Allen Reformen zum Trotz hat sich der Bankensektor der EU in den letzten Jahren noch weiter konzentriert. Es ist kaum vorstellbar, dass auch nur eine der gigantischen Megabanken ohne Gefährdung der Finanzstabilität abgewickelt werden kann. Hinzu kommen Kreditverbindungen der Banken zum wachsenden Markt der Schattenbanken. Ein wachsender Anteil der Geschäfte hat mit der Realwirtschaft schon längst nichts mehr zu tun. Auch deshalb gehört ein signifikanter Anteil des Bankgeschäfts grundsätzlich auf den Prüfstand.



Kleine und mittelständische Unternehmen brauchen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihre Geschäftsmodelle auf- und auszubauen. Dazu zählen passgenaue Förderprogramme – insbesondere für die Wachstumsphase – sowie neue Finanzierungsmodelle und ein besserer Zugang zu bestehenden Förderprogrammen. Neben dem Zugang zu öffentlichem Venture Capital muss auch der private VC-Markt gestärkt werden. Schweden zeigt, wie man beispielsweise mit einem Bürgerfonds das Land in Europa mit der erfolgreichsten Gründerszene werden kann. Wir wollen unter anderem prüfen, wie es auch bei uns für die Bürgerinnen und Bürger kostengünstiger und effizienter werden kann, in Eigenkapital zu investieren. Jede und jeder, der ein überzeugendes Konzept vorlegt, soll einmalig ein zinsfreies Darlehen von bis zu 25.000 Euro erhalten. Mit diesem grünen Gründungskapital würde der Start in die Selbständigkeit viel einfacher. Außerdem wollen wir Unternehmen, die ihre Gewinne nicht entnehmen, sondern reinvestieren, besonders fördern.



Wir Freie Demokraten wollen die Liquidität von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberuflern in der Investitionsphase verbessern und den Aufbau von Eigenkapital erleichtern. Dazu wollen wir den sogenannten Investitionsabzugsbetrag nach § 7g des Einkommensteuergesetzes ausweiten – sowohl hinsichtlich des Kreises der Berechtigten als auch der Höhe des Betrags. Dadurch kann der Zeitpunkt der Gewinnbesteuerung verschoben und die Liquidität erhöht werden.

Wir Freie Demokraten fordern, dass landeseigene Förderbanken ihr „Direktkreditangebot“ für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Investitions- und Betriebsmittelfinanzierung erweitern. Hierdurch sollten auch kleinere Anschubfinanzierungen möglich sein.

Wir Freie Demokraten wollen den rechtlichen

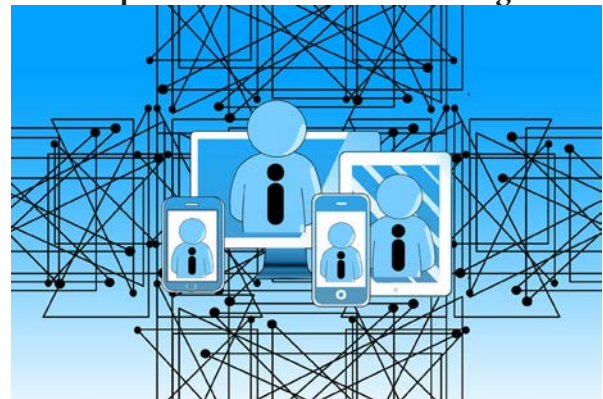
Rahmen bei der Unternehmensfinanzierung vereinfachen. Denn junge Unternehmen benötigen am Anfang Geld, um ihr Geschäftsmodell auf- und auszubauen und Voraussetzungen für Wachstum zu finanzieren. Neben Eigenkapital und dem klassischen Bankkredit verbreiten sich innovative Finanzierungsmodelle wie das Crowdfunding immer stärker. Dabei stellen viele Investoren kleinere Beträge zur Verfügung, die zusammen jedoch eine ordentliche Finanzierung ergeben. Deshalb wollen wir die Vorschriften für diese Investitionen, beispielsweise bei Prospektpflicht oder Selbstauskunft, so anpassen, dass sie unkomplizierter und attraktiver werden, ohne den Investorenschutz zu vernachlässigen.

Wir wollen zudem durch ein Venture-Capital-Gesetz die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland verbessern. Wachsen, Nachfolgeprodukte entwickeln und sich internationalisieren können die Unternehmen nur mit entsprechender Finanzspritze. Eine klassische Bankfinanzierung kommt aber für Start-ups häufig nicht in Frage. Diese Lücke schließt Wagniskapital. Internationale Erfahrungen zeigen, dass Wagniskapitalgeber ihre Investitionsentscheidungen nach einer regionalen Bezogenheit treffen: Sie investieren am liebsten dort, wo sie ihren Sitz haben. Deshalb wollen wir ein Venture-Capital-Gesetz, das umfassend und ganzheitlich beste Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schafft und zwar auch und gerade im Steuerrecht. Als entscheidende Punkte im steuerrechtlichen Bereich in diesem Venture-Capital-Gesetz, sehen wir den Abbau der Substanzbesteuerung – wie etwa bei den Hinzurechnungsvorschriften in der Gewerbesteuer, eine transparente Besteuerung für Venture Capital-Gesellschaften, eine faire Besteuerung von Investoren, die sich von ihrer Beteiligung trennen, ein Ende der (steuerlichen) Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital, die steuerliche Anrechenbarkeit von Investitionen in Unternehmen, eine Vereinheitlichung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mindestens innerhalb der EU, keine Einschränkungen bei Verlustvorträgen, die Bilanzierbarkeit von Investitionen in eigene Intellectual Property und die Liberalisierung bei den Kapitalsammelstellen,

damit privates Anlagekapital stärker genutzt werden kann. Aber auch institutionellen Anlegern soll es erleichtert werden, mit Wagniskapital in Start-Ups zu investieren: Pensionskassen, Versorgungskassen und Versicherungen in Deutschland wollen wir daher die Finanzierung von Start-Ups nach dem Vorbild des „Zukunftsfonds Schweiz“ ermöglichen. Durch entsprechende Risikobündelung kann Venture Capital an zukunftssträchtige, junge und innovative Unternehmen gegeben werden, die für einzelne Fonds zu riskant wären.

6. Thema. Digitalisierung

Wie wollen Sie die kleinen und mittelständischen Unternehmen im digitalen Transformationsprozess unterstützen und begleiten?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Wir wollen mit der „Digitalisierungsoffensive Mittelstand“ kleine und mittelständische Unternehmen fit für die Digitalisierung machen. Dazu unterstützen wir sie mit Förderprogrammen

für digitale Technologien und digitales Know-how, dem Breitbandausbau sowie innovations- und investitionsfreundlichen Regulierungen. Um Synergieeffekte für Mittelstand und Gründer zu fördern, wollen wir ein Partnerprogramm ins Leben rufen. Um kleine und mittlere Unternehmen in die richtigen Partnerschaften mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ihrer Region zu bringen, wollen wir das Programm „KMU Digital“ anstoßen. Ergänzend dazu verweisen wir auf die Antwort zur Frage 8.



Die Stärke unserer erfolgreichen Volkswirtschaft liegt in der vielfältigen Wirtschaftsstruktur – vom mittelständischen Familienbetrieb über das große Industrieunternehmen, über die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede – sowie der breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen. Wir werden auch den digitalen Wandel unserer Wirtschaft aktiv begleiten. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden werden wir daran arbeiten, dass Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland wird. Dafür ist es wichtig, dass wir den Mittelstand und das Handwerk in ihrer ganzen Breite für die Digitalisierung gewinnen. Die Vernetzung von Industrie, Mittelstand und Handwerk mit Startups wird über den Erfolg von Industrie 4.0 mitentscheiden. Darin stecken enorme Potenziale – sowohl für den wirtschaftlichen wie auch den gesellschaftlichen Fortschritt.

Mit dem wirtschaftspolitischen Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen im Wandel unterstützen. Dabei stehen Maßnahmen im Mittelpunkt, die Fachkräfte für die Betriebe sichern, die Innovation fördern und die Mittelstand und Handwerk gezielt entlasten. Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern.

Die Fachkräftesicherung ist das drängendste Problem des Handwerks und vieler mittelständischer Betriebe. In bestimmten Berufszweigen ist es mittlerweile schwierig, Auszubildende zu finden. Daher werden wir unter anderem die Ausbildungs- und Berufsorientierung verbessern, in die Ausstattung der Berufsschulen – auch als Lernwerkstätten für Industrie 4.0-Technologien – investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen, Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen und ein modernes Einwanderungsrecht schaffen.

Die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen lösen sich weiter auf. Unternehmen werden aus gewonnenen Daten neue Geschäftsmodelle mit neuen Dienstleis-

tungen („Smart Services“) entwickeln. Daher werden wir prüfen, inwieweit Förderprogramme für technologische Innovationen auch auf datengetriebene Geschäftsmodelle ausgeweitet werden können, wie zum Beispiel das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM).

Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir regionale Innovationsagenturen gründen. Sie treiben gesellschaftlich sinnvolle Innovationsansätze voran, unterstützen den digitalen Wandel in der Fläche und vor allem den Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen. Wir setzen hierbei neben dem klassischen Technologie- und Wissenstransfer auch auf neuere Ansätze wie Open Innovation.

Den Einsatz digitaler Technologie im Mittelstand werden wir anschieben. Für digitale Ausrüstung sollen kleine und mittlere Unternehmen einen Zuschuss erhalten, wenn sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept vorlegen.

Kleinere und mittelgroße Unternehmen wollen wir durch einen „Forschungsbonus“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen. Der Forschungsbonus wird in Form einer Steuergutschrift gewährt, so dass auch Unternehmen profitieren, die noch keine Gewinne erwirtschaften. Gerade mittelständische Unternehmen benötigen diese Förderung, um ihre Wachstumschancen nutzen zu können. Darüber hinaus werden wir auch die bestehenden Forschungs- und Innovationsprogramme weiter ausbauen. Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern. Nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen wollen wir außerdem einen Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze einführen. In diesem Zuge werden wir auch die Mittel für die Programme ZIM und Industrielle Gemeinschaftsforschung aufstocken.

In Deutschland brauchen wir mehr Bereitschaft für Innovationen und einen noch stärkeren Gründergeist. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer, die Startups, tragen dazu bei, dass mutige Ideen zu neuen Geschäftsmodellen führen und attraktive Arbeitsplätze

entstehen. In ihnen steckt das Potenzial, den Mittelstand von morgen zu bilden. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen schnell und unbürokratisch gegründet werden können. Wir wollen, dass Firmengründer alle Fragen aus einer Hand beantwortet bekommen. Vor allem E-Government-Lösungen ermöglichen zielgenaue Beratung und erleichtern den Einstieg ins neue Geschäft. Oft scheitern kleine und mittlere Unternehmen an den bürokratischen Hürden für Förderprogramme. Deshalb werden wir die Antragstellung vereinfachen, damit Unternehmensgründer einfach und schnell Unterstützung bekommen und sich voll auf ihr Geschäftsmodell konzentrieren können. Zudem werden wir die Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiter verbessern.

Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, gründen sie nur knapp drei von zehn Unternehmen. Unser Ziel ist es, Frauen dabei zu unterstützen, öfter Unternehmen zu gründen. Die Förderung von Existenzgründerinnen und selbstständigen Frauen bringt mehr wirtschaftliches Wachstum, eine Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr Chancengleichheit und Gleichstellung im Erwerbsleben. Deshalb wollen wir mehr Frauen als Gründerinnen fördern, unter anderem durch einen besseren Zugang zu Gründungskapital und eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung. Außerdem wollen wir Gründungen von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen unterstützen. Scheitern darf nicht das Ende für Gründerinnen und Gründer bedeuten. Wir wollen eine Kultur der „nächsten Chance“ etablieren und in diesem Sinne auch das Insolvenzrecht überprüfen.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE will den Breitband-Versorgungsauftrag gesetzlich verankern. Damit soll die digitale Spaltung Deutschlands verhindert und ein flächendeckender Breitbandausbau mit einer Mindestübertragungsgeschwindigkeit von 50 Mbit pro Sekunde endlich umgesetzt werden. Kostenlose Wifi-Hotspots müssen Teil der öffentlichen Infrastruktur im ländlichen Raum werden. Allen Kommunen muss der Ausbau

der Breitbandinfrastruktur ermöglicht werden. Die Störerhaftung muss endlich abgeschafft werden. Offene IT-Systeme sind zu fördern.



Insbesondere für den Mittelstand wollen wir ein dezentrales IT-Beratungsnetzwerk für den digitalen Wandel einrichten, dessen Beraterinnen und Berater die IT-Sicherheit überprüfen, anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge geben und Empfehlungen dafür aussprechen können, wie sich Mittelständler bei Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung zukunftsfähig aufstellen können.



Wir Freie Demokraten sehen in der Digitalisierung große Potenziale. Um fit zu sein für die digitale Welt, muss die Politik ihre Hausaufgaben machen und für die Unternehmen den bestmöglichen Rechtsrahmen schaffen. Wir wollen Breitbandübertragung und die Mobilfunktechnologie 5G ausbauen. Wir wollen digitale Testräume und den Rechtsrahmen für die sichere Nutzung automatisierter Systeme schaffen. Und wir wollen Freiräume für die unbürokratische Entwicklung innovativer Angebote wie z. B. digitaler Mobilitätsplattformen eröffnen, ohne Datenschutz und Privatsphäre zu gefährden.

Die Digitalisierung verändert unser Leben – und prägt die Arbeitswelt von morgen. Die Welle der digitalen Gründungen zeigt uns schon heute, welche großen Jobpotenziale bestehen. Aber im Wandel müssen die Menschen durch gute Rahmenbedingungen und Qualifizierung begleitet werden, denn der Weiterbildungsbedarf ist und wird gewaltig sein. Immer mehr Betriebe unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – aber für Zweidrittel der Beschäftigten bleibt hier noch viel zu tun. Deshalb muss auch die Arbeitsmarktpolitik die Weiterbildung von Beschäftigten stärker unterstützen. So sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des bestehenden Budgets der BA grund-

sätzlich auch für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent gefördert werden können – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung ein. Die vielfältigen Angebote lassen sich genau auf das Können der Auszubildenden und die Bedürfnisse der Betriebe zuschneiden. Auszubildende können so Techniken und Fachwissen von internationalen Spezialisten lernen, ohne den Arbeitsort zu verlassen. Zudem bieten individuelle Lernprogramme mit digitaler Unterstützung Chancen, selbstständig zu lernen und Lücken zu schließen. Das sorgt für besser ausgebildetes Personal. Wir Freie Demokraten wollen zudem überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt. Durch die Digitalisierung nehmen Projektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

7. Thema: Fachkräfte

Wie wollen Sie die Fachkräftebasis für die kleinen und mittelständischen Unternehmen langfristig sichern?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich

verstärken. Wir wollen mehr Frauen ermöglichen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten. Zudem wollen wir gerade junge Menschen zwischen 25 und 35 ohne Abschluss nachqualifizieren, um ihnen das dauerhafte Erarbeiten des eigenen Lebensunterhalts zu ermöglichen. So schöpfen wir das Arbeitskräftepotenzial in unserem Land besser aus, schaffen neues Wachstum und verringern die Arbeitslosigkeit weiter. Kein Arbeitsplatz soll unbesetzt bleiben, weil es an Fachkräften fehlt. Den Fachkräftezufluss nach Deutschland haben wir in den vergangenen Jahren bereits erheblich verbessert und vereinfacht. Dieser Bedarf wird in den nächsten Jahren weiter steigen – aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung und wegen der rückläufigen Zahl junger Menschen, die neu ins Erwerbsleben eintreten. Ausreichend Fachkräfte, die dem Arbeitsmarkt in den verschiedenen Bereichen zur Verfügung stehen, ziehen ihrerseits die Schaffung weiterer Arbeitsplätze nach sich. Deshalb braucht Deutschland ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt, das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Ein solches „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und, wo nötig, effizienter gestalten. Voraussetzung sind der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes und die Sicherung des Lebensunterhalts. Eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Mit einer klug gesteuerten und begrenzten Einwanderungspolitik für Fachkräfte unterstützen wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und verringern spürbar die Attraktivität von illegaler Einwanderung und Migration.

SPD

Die SPD will durch eine Reihe von Maßnahmen die berufliche Aus- und Fortbildung fördern. So wollen wir zum Beispiel in die Ausstattung der Berufsschulen investieren, ein Recht auf Weiterbildung einführen und Gebühren für Techniker- und Meisterkurse abschaffen. Wir wollen die duale Berufsausbildung stärken und

eine bessere Durchlässigkeit zur universitären Ausbildung gewährleisten. Lebenslanges Lernen wollen wir stärker fördern.

Wir setzen zur Fachkräftegewinnung außerdem auf die Förderung von Menschen, deren Potential noch zu wenig genutzt wird. Dazu streben wir weitere Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Ältere, erfahrene Menschen, Asylbewerber und Flüchtlinge, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose sowie Schulabbrecher wollen wir besser in den Arbeitsmarkt integrieren, insbesondere durch maßgeschneiderte Qualifizierungsmaßnahmen.

Schließlich setzen wir uns für ein Einwanderungsgesetz ein, um in Deutschland benötigten Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten den Zugang zu erleichtern.



Wichtige Maßnahmen wider den Fachkräftemangel sind: grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes, Stärkung des Meister-BAföG (AFBG), schnelle und gezielte Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für Umschulung und Weiterbildung.



Fachkräfte, deren Ideen und Motivation unser Land dringend braucht, sollen einfacher als bisher einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen können. Wir werden Deutschland attraktiver machen für ausländische Studierende und Menschen, die in Deutschland eine berufliche Ausbildung absolvieren oder sich bei uns beruflich nachqualifizieren möchten. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht kann dabei helfen, Fachkräfte zu gewinnen. Wir wollen bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern. Um die Ausbildungsbeteiligung dauerhaft zu erhöhen und damit Betrieben wie Jugendlichen gute Perspektiven zu sichern, befürworten wir branchen- und regionsspezifische

Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung. Auch das Thema Analphabetismus und mangelnde Grundbildung wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft stärker in den Fokus nehmen und flächendeckend passende Angebote machen.



Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Exzellenzinitiative für die berufliche Bildung ein. Mit Blick auf den bereits vorhandenen Fachkräftemangel, die Demografie und unsere Wettbewerbsfähigkeit, brauchen wir eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung. Für den Hochschulbereich gibt es solche Initiativen bereits. Die Hochschulen und Universitäten profitieren nachweislich davon. Das brauchen wir in Deutschland auch für die berufliche Bildung. Denn der Fachkräftemangel und die Herausforderungen für die Wirtschaft in der Zukunft lassen sich nicht alleine durch Hochschulabsolventen lösen. Im Gegenteil: Deutschland braucht mehr Fachkräfte mit einer dualen Lehre, als Fachkräfte mit einer akademischen Vorbildung. Deshalb ist jede Investition in die berufliche Bildung eine Investition in die Zukunft. Wir Freie Demokraten sehen die duale Ausbildung als Baustein des wirtschaftlichen Erfolges dieses Landes an. Hier gelingt es, jungen Menschen eine hochqualifizierte berufliche Perspektive auch mit praktischen Tätigkeiten zu geben. Wir werden uns daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Form der Ausbildung weiterbesteht, durch Zusatzqualifikationen verbessert wird und dass der Wert der Meisterqualifikation weiter erhalten bleibt. Wir Freie Demokraten wollen zudem die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Wer als Flüchtling in Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, soll daher schnell erfahren, was sein Abschluss hierzulande zählt. Bei der Anerkennung ver-

geht aber immer noch zu viel Zeit, weil es sehr viele Einzelvorschriften und unterschiedliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern gibt. Das wollen wir ändern, indem wir unter anderem durch mehr Personal die Verwaltungspraxis beschleunigen und die bundesweite Vergleichbarkeit von ausländischen Abschlüssen sicherstellen. Zudem sollen Eingewanderte und potenzielle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung erhalten, sodass ihnen der Weg zur Anerkennung ihres Abschlusses konkret aufgezeigt wird. Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kinder schon in jungen Jahren für technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch verstärken wird. Der Ingenieursnation Deutschland droht der Nachwuchs an Tüftlern und Erfindern auszugehen. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Wir Freie Demokraten wollen zudem das Thema Selbstständigkeit und Unternehmertum in den Lehrplänen aller Schulformen verankern. Gründer und Gründerinnen gestalten mit ihren Ideen unsere Zukunft und sorgen für neue Arbeitsplätze. Damit dieses Erfolgsmodell weiterbestehen kann, müssen wir Hindernisse zur Selbstständigkeit abbauen und die Gründerkultur von klein auf zugänglich machen. Deshalb wollen wir schon unsere Kinder zum Beispiel mit Projekten und Planspielen in den Schulen an das Thema heranzuführen. Dazu sollen Schulen mit Unternehmen und Selbstständigen zusammenarbeiten. Bei Projekten wie „Unternehmer im Klassenzimmer“ oder „Schüler im Chefsessel“ können Schülerinnen und Schüler den Arbeitsalltag von Selbstständigen hautnah erleben, sodass Selbstständigkeit für alle eine Option werden kann. Die Unterrichtsfächer Wirtschaft und Informatik wollen wir in

den Schulen deutlich ausbauen.

8. Thema: Innovation

Wie wollen Sie den Beitrag der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu Forschung und Innovation in Deutschland steigern?



CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU und CSU wollen die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen weiter verbessern. Seit der Regierungsübernahme 2005 haben wir kontinuierlich u. a. auf die Stärkung von Forschung und Entwicklung gesetzt und dabei die Rahmenbedingungen für Innovationen in der Wirtschaft, speziell bei den KMU verbessert. Deshalb werden die speziell auf den Mittelstand zugeschnittenen Programme weiter gestärkt. Das sind vor allem die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF), die von den Unternehmen selbst organisierte

Forschungsvereinigungen zur Förderung von Entwicklung neuer Technologien für eine gesamte Branche und das Zentrale Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM), das themenoffen ist und damit ebenfalls durch die Unternehmen selbst bestimmt wird. Auch zu den Fachprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhalten KMU einen leichteren Zugang. Wir werden die bewährten Instrumente durch neue Maßnahmen ergänzen und wollen z. B. ein Programm zur Förderung von Digitaltechniken (KMU-digital) auflegen. Wir wollen die Rolle der Fachhochschulen als zentrale Innovationspartner für die KMU stärken und den Transfer von der Erkenntnis in

konkrete Innovationen unterstützen.

CDU und CSU werden eine steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 2 Milliarden Euro

ermöglichen. Um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen wirksam zu unterstützen, werden wir ein Wahlrecht zwischen bestehender Projektförderung und steuerlicher Forschungsförderung einführen.

SPD

Wir wollen, dass Unternehmen, insbesondere KMU und Startups, ihr Innovationspotential besser ausschöpfen. Dazu werden wir KMU bei der Digitalisierung ihrer Produktions- und Geschäftsprozesse und der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle auf digitaler Basis stärker unterstützen. Ebenso gilt es, KMU stärker in globale Innovationsprozesse und Wertschöpfungsketten zu integrieren. Insgesamt sollte die Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2025 von derzeit ca. 3 % auf 3,5 % steigern.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ZIM auf 700 Mio. Euro anheben und jene für die Industrielle Gemeinschaftsforschung IGF auf 200 Mio. Euro. Gleichermaßen sollen die Fach- und Querschnittsprogramme aufgestockt werden, um eine stärkere KMU-Teilnahme zu erreichen. Daneben streben wir einen erleichterten Programmzugang für KMU an, etwa durch Pauschalierungen oder Verkürzung der zeitlichen Abläufe. Und schließlich sollte die Zusammenarbeit von KMU und Forschungsinstitutionen systematisch ausgebaut werden.

Mit unserem Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ werden wir unsere mittelständischen Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen. Konkret sollen mittelständische Unternehmen einen Zuschuss für digitale Ausstattung erhalten, wenn sie sich in den digitalen Kompetenzzentren beraten lassen und ein schlüssiges Digitalisierungskonzept vorlegen. Wir wollen gemeinsam mit Gewerkschaften,

Unternehmen und Verbänden weiter daran arbeiten, dass Industrie 4.0 ein Erfolgsmodell für Deutschland wird. Für die Digitalisierung des industriellen Mittelstands unerlässlich sind außerdem schnelle Internetverbindungen. Im Jahr 2025 wollen wir flächendeckend eine der modernsten digitalen Infrastrukturen haben und die digitale Spaltung zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen überwinden.

KMU wollen wir durch einen „Forschungsbonus“ finanziell unterstützen, wenn sie Personal für Forschung und Entwicklung einstellen (siehe Antwort zu Frage 3). Und wir werden die Abschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Unternehmen und Selbstständige verbessern. Außerdem wollen einen Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze einführen.

Schließlich werden wir – auch mit Blick auf den Mittelstand – gezielt zukunftsweisende Technologien fördern, die große Wertschöpfung mit neuen Arbeitsplätzen und Verbesserungen für das alltägliche Leben verbinden, beispielsweise in der Gesundheitswirtschaft, der Bio- und Nanotechnologie, den Umwelt- und Klimaschutztechnologien, in der Materialforschung oder der Robotik.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE setzt sich generell dafür ein, dass KMU besser von der Innovationsförderung des Bundes profitieren und angemessen in der Hightech-Strategie vertreten sind. Gleichzeitig muss die Beratung für Unternehmen verbessert werden, die öffentliche Fördergelder beantragen wollen.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Kleine und mittelständische Unternehmen fallen häufig durchs Raster der Forschungsförderung, weil die Beantragung der Mittel zu kompliziert ist. Oder auch, weil es für ihre Ideen gar kein passendes Programm gibt. Das wollen wir ändern. Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeiter*innen, die neue Produkte und Verfahren

entwickeln und Zukunftsbereiche erschließen, sollen einen steuerlichen Bonus von 15% auf ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhalten. Dieser Bonus soll entweder von der zu zahlenden Unternehmenssteuer abgezogen oder ausbezahlt werden können, wenn noch keine Gewinne erzielt werden. Das ist einfach und wirksam und hilft auch jungen Start-Ups.



Wir Freie Demokraten wollen eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Forschung und Innovationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Bestehende Förderinstrumente, wie die Projektförderung mit direkten Mitteln, reichen hier nicht aus. Sie sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wegen der vielen Auflagen und übermäßigen Bürokratie zu unattraktiv. Die steuerliche Forschungsförderung ist dagegen unbürokratisch, da Projektanträge und Genehmigungsverfahren entfallen. Zudem können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhängig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsideen. Viele andere OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung empfiehlt seit Jahren, die steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Das wollen wir tun, damit deutsche Unternehmen nicht länger einen Standortnachteil haben. Wir wollen, dass die Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird. Diese Liquiditätsspritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder

Krisensituationen.

9. Rückblick - Ihre Erfolge für den Mittelstand Welche Verbesserungen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in den vergangenen 10 Jahren lassen sich auf Ihre Initiativen zurückführen?



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger



In den vergangenen zehn Jahren hat die unionsgeführte Bundesregierung zahlreiche Verbesserungen für kleine und mittelständische Unternehmen umgesetzt. Es würde den Rahmen sprengen, hier alle zu nennen, sodass wir uns auf einige Beispiele beschränken. So wurden beispielsweise Wirtschaft und Bürger durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2010 um jährlich 8,5 Milliarden Euro entlastet. Die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung wurde dauerhaft auf 500.000 Euro angehoben. Viele kleine Betriebe müssen jetzt die Umsatzsteuer erst dann abführen, wenn der Umsatz tatsächlich getätigt ist. Die steuerliche GWG-Grenze wurde deutlich erhöht. Die Wirkungen der „kalten Progression“ werden nun regelmäßig ausgeglichen. Die Erbschaftsteuer wurde 2016 in einem breiten Konsens zwischen Bund und Ländern neu geregelt. Damit wurde Planungs- und Rechtssicherheit vor allem für Familienbetriebe und den Mittelstand geschaffen. Die Lohnzusatzkosten wurden gesenkt, indem die Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung reduziert wurden. Kleine und mittelständische Unternehmen wurden erheblich von Bürokratiekosten entlastet. Mit dem verbindlichen Test für kleine und mittlere Un-

ternehmen im Gesetzgebungsverfahren wurde das Bewusstsein für unternehmerische Belange in der Verwaltung geschärft. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wurde ausgebaut und die Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessert.



Verbesserungen für KMU in den letzten 10 Jahren auf Initiativen der SPD hin:

- Bessere Bedingungen für die Gründungsfinanzierung (siehe Antwort zu Frage 5)
- Innovationsförderung: Um die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen, haben wir dafür gesorgt, dass die Mittel für Förderprogramme deutlich erhöht und Kompetenzzentren v.a. für den Mittelstand und das Handwerk geschaffen wurde. Das zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand ZIM und die industrielle Gemeinschaftsforschung IGF wurden auf unsere Initiative hin erfolgreich ausgebaut. Damit fördern wir insbesondere im Mittelstand Innovationen (siehe auch Antwort zu Frage 8).
- Bürokratieentlastung: Vor allem den Mittelstand haben wir von Bürokratie entlastet – durch zwei Gesetze mit einer Entlastung von über 1 Milliarde Euro. Ein gutes Beispiel ist die von uns durchgesetzte Erhöhung der steuerlichen Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro. Damit kann eine Neuanschaffung etwa von Werkzeugen oder Büroausstattung sofort steuerlich abgeschrieben werden, was gerade kleine Unternehmen und Selbstständige deutlich entlastet.
- Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass gerechtfertigte Anforderungen an die Berufsausübung im Handwerk und in den freien Berufen im EU-Binnenmarkt erhalten bleiben. Dies kommt in erster Linie Selbständigen und kleineren Unternehmen zugute. Auch die duale Berufsausbildung, die für die Fachkräftesicherung unerlässlich ist, konnte gegenüber der EU verteidigt werden.
- Die von uns angestoßenen Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Be-

ruf und Familie (z.B. durch Förderung des Kita-Ausbaus und von Ganztagschulen) trägt dazu bei, dass mehr hochqualifizierte Väter und Mütter als Fachkräfte für Unternehmen zur Verfügung stehen.



DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass die Bundesregierung in ihren Förderprogrammen kleine Unternehmen stärker berücksichtigt. Wir haben die einseitige Orientierung von Union und SPD zugunsten von Großunternehmen publik gemacht und die Regierungsparteien unter Druck gesetzt. Ebenso hat DIE LINKE einen Bürokratieabbau angemahnt, der unsinnige Belastungen der KMU spürbar reduziert.



Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) angehoben wird. Diese Forderung wurde zum Teil umgesetzt, die Grenze wurde auf 800 Euro erhöht. Die gerade beschlossene Lizenzschranke für internationale Konzerne geht ebenfalls auf eine grüne Initiative zurück. Dies sorgt für fairere steuerliche Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand.



Wir Freien Demokraten verstehen uns als Partei des Mittelstands. Mit unserem wirtschaftspolitischen Fokus auf kleine und mittelständische Betriebe, auf engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, auf qualifizierte Beschäftigte, auf mutige Gründerinnen und Gründer, auf fairen Wettbewerb und auf einen Staat, der rechnen kann und es den Menschen einfach macht, konnten wir bereits zahlreiche Impulse für den Mittelstand setzen. Das gilt für alle Politikbereiche und alle staatlichen Ebenen: von der Stärkung von Qualifizierung und Fachkräftenachwuchs durch eine bessere Anerkennung der Berufsausbildung über die Modernisierung des Wettbewerbsrechts auf Bundesebene bis zur Initiierung der deutschlandweit ersten

Enquete-Kommission zur Zukunft von Mittelstand und Handwerk im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Daran wollen wir anknüpfen: mit einem mutigen Bürokratieabbau, mit einer Entlastung des Mittelstands von Steuern und Abgaben und mit Modernisierungsinitiativen etwa bei der Digitalisierung, der Forschung, der Infrastruktur und der beruflichen Bildung.

10. Schlusstatement

Warum sollen KMUs und Selbstständige am 24. September Ihre Partei wählen?



CDU und CSU sind die Parteien der Sozialen Marktwirtschaft. Diese fußt auf der Bereitschaft, in Freiheit Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Gerade im Mittelstand, im Handwerk, den Freien Berufen und bei Unternehmensgründungen wird dieser Grundsatz tagtäglich gelebt. Deswegen setzen wir darauf, Freiräume für unternehmerisches Handeln zu schaffen, indem wir vor allem Steuern senken und Bürokratie abbauen. Wir stehen für kluge Investitionen, die Chancen für die Zukunft eröffnen – gute Straßen, schnelles Internet, Bildung und Innovationen. Wir stehen für ein Europa, das zusammenhält und für freien und fairen Handel. Wir stehen für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.



Wir haben in unserem wirtschaftspolitisches Programm mit dem Titel „Innovationsmotor Mittelstand“ eine Reihe von konkreten Vorschlägen formuliert, mit denen wir die mittel-

ständischen Unternehmen einschließlich des Handels und des Handwerks bei der Digitalisierung und Fachkräftesicherung unterstützen und gleichzeitig von bürokratischen Hemmnissen entlasten werden (siehe Antworten zu den vorangegangenen Fragen).

Zugleich werden wir den exportorientierten Mittelstand mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik fördern. Schließlich haben wir ein Steuerkonzept vorgelegt, das untere und mittlere Einkommen – und damit viele Selbstständige – entlastet.

All unsere Vorschläge sind von Experten auf ihre Finanzierbarkeit und Umsetzbarkeit hin geprüft worden.

Und nicht zuletzt – die SPD hat in dieser Wahlperiode gezeigt, dass sie Forderungen aus ihrem Wahlprogramm im Falle einer Regierungsbeilegung auch durchzusetzen vermag.



Das Wahlprogramm der LINKEN benennt sehr konkret den politischen Handlungsbedarf und die für die Lösung der Probleme geeigneten rechtlichen und finanziellen Mittel. Im Unterschied zu den anderen Parteien, deren Wahlprogramme nur sehr allgemeine und unverbindliche Aussagen enthalten, wissen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Bürgerinnen und Bürger, wofür DIE LINKE steht: für ein gerechteres, effizienteres und moderneres Deutschland, das sich fair gegenüber den europäischen und den weltweiten Partnern verhält und mit Nachdruck für eine friedliche Welt eintritt.



Weil wir uns für einen funktionierenden, fairen Wettbewerb stark machen. Wir wollen, dass der Mittelstand im Wettbewerb die gleichen Chancen hat wie internationale Konzerne. Regelungen, etwa bei der Steuergestaltung, die internationale Großunternehmen einseitig im Wettbewerb begünstigen, wollen wir abbauen. Außerdem werden wir die Digitalisierung voranbringen. Sie eröffnet dem Mittel-

stand neue Geschäftsfelder und bietet enorme Chancen. Durch intelligente Steuerung lässt sich etwa der Verbrauch von Ressourcen und Material deutlich verringern. Damit von diesen Entwicklungen nicht nur die Großstädte profitieren, muss auch in der Fläche sehr viel mehr in Glasfaser-Technologie investiert werden. In den nächsten vier Jahren müssen 75 Prozent der Haushalte mit Glasfaser-Technologie, also mit schnellem Internet, ausgestattet sein. Dafür wollen wir die Telekom-Aktien des Bundes verkaufen und zehn Milliarden Euro in den Ausbau des Internets investieren.

Freie
Demokraten
FDP

Mittelstandspolitik ist für uns Freie Demokraten zentral. Eine unternehmensfreundliche Wirtschaft schafft für uns alle Wohlstand. Wir Freie Demokraten fordern daher enorme Bürokratieentlastungen, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung, einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Einführung einer verbindlichen Mittelstandsklausel auf Bundesebene. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat und die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Parteien für die Beantwortung unserer Fragen.





Herausgeber

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.
Willhelmstr. 77
10117 Berlin
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320
E-Mail: info@esd-ev.de | Web: www.esd-ev.de

ViSdP: Kuni Ludwig Both, Präsident

Redaktion/Koordination: Sascha Langguth, Timo Lehberger
